

Maßnahmen von SPD und Westberliner Senat zum Deutschlandtreffen

19. März 1964

Einzelinformation Nr. 220/64 über beabsichtigte Maßnahmen der Westberliner SPD und des Senats gegen das Deutschlandtreffen der Jugend zu Pfingsten in Berlin

Quelle

BStU, MfS, HV A 202, Bl. 197–200 (9. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Ulbricht, Honecker, Verner, KGB Karlshorst – MfS: Schröder, HV A II, Akte IV 8, HV A III/1, Ablage.

Vermerke

Über dem Verteiler: »Otto 3«, unter dem Titel: »Quelle: 54/166 E 2051«.

Verweise

Informationen [266/64](#), [352/64](#), [371/64](#) und [390/64](#).

Am 12.3.1964 fand in Westberlin eine Sekretärkonferenz der Westberliner SPD statt, auf der über Maßnahmen der SPD und des Senats gegen das Deutschlandtreffen der Jugend¹ in Berlin gesprochen wurde. Von einer zuverlässigen Quelle wurde dazu Folgendes bekannt: Der SPD-Landessekretär Eberhard Hesse² teilte mit, dass es dem Senat gegenwärtig besonders darauf ankommt festzustellen, wie die Behandlung der Westberliner Teilnehmer am Deutschlandtreffen vor sich gehen soll. Hesse sagte: Die östliche Seite zeigt gegenwärtig größtes Interesse daran, für dieses Treffen westdeutsche und Westberliner Jugendliche in größerer Zahl einzuladen. Wenn die östliche Seite diese Absicht hat, dann müssen für die Jugendlichen aus Westberlin auch Möglichkeiten geschaffen werden, legal über die Grenze zu kommen. Wenn das genauso gehandhabt wird wie mit den westdeutschen Bürgern,³ wenn also die Westberliner Jugendlichen einen Passierschein an der Grenze erhalten, dann wären Verhandlungen über künftige Passierscheinabkommen⁴ nicht mehr diskutabel, denn dann könnte diese Methode generell für alle Westberliner angewendet werden. Wie Hesse weiter ausführte, ist der Senat interessiert zu erfahren, wie der Osten zu einem neuen Passierscheinabkommen für die Pfingstfeiertage steht.⁵ Der Senat rechnet für Pfingsten nicht mit einem neuen Abkommen,⁶ weil in dieser Zeit das Deutschlandtreffen der Jugend stattfindet und die östliche Seite wenig Interesse haben dürfte, zu Pfingsten noch recht viele Westberliner Bürger nach Ostberlin einreisen zu lassen.

Anschließend teilte der persönliche Referent des Jugendsenators Neubauer,⁷ Dietrich Stobbe,⁸ mit, dass der Westberliner Senat in Vorbereitung des Deutschlandtreffens eine besondere Kommission gebildet hat. Vorsitzender dieser Kommission ist Neubauer. Dietrich Stobbe erklärte, dass sich auch bereits der Landesjugendring in Westberlin mit Fragen des Deutschlandtreffens beschäftigt hat. Der Landesjugendring hat dem Zentralrat der FDJ einen Brief geschrieben. In diesem Brief wurde zum Ausdruck gebracht, dass der Landesjugendring bereit wäre, am Deutschlandtreffen teilzunehmen, wenn von der östlichen Seite die Grenzen geöffnet werden, sodass auch Ostberliner nach Westberlin kommen können.

Im Senat selbst haben, wie Stobbe weiter mitteilte, in Vorbereitung des Deutschlandtreffens bereits umfangreiche Diskussionen stattgefunden mit dem Ziel, Festlegungen zu treffen, was zu Pfingsten unternommen werden könnte. Der persönliche Referent von Albertz,⁹ Egon Erwin Müller,¹⁰ hatte z. B. vorgeschlagen, zu Pfingsten in Westberlin ein Gegenfestival durchzuführen und dazu 200 000 bis 400 000 Jugendliche aus Westdeutschland nach Westberlin zu holen. Durch ein großangelegtes Gegenfestival sollte nach Auffassung Müllers erreicht werden, die politische Bedeutung des Deutschlandtreffens in Ostberlin herabzumindern. Außerdem sollten Gruppen westdeutscher Jugendlicher gebildet werden, um sie gezielt nach dem Osten zu schicken. Stobbe teilte mit, dass der Senat diesen Vorschlag Müllers abgelehnt hat, weil es technisch unmöglich sei, für 200 000 bis 400 000 Jugendliche Unterkunftsmöglichkeiten in Westberlin zu schaffen. Außerdem sei die Organisationsfrist bis Pfingsten zu kurz.

Trotzdem wurde im Senat weiter diskutiert, ob es Möglichkeiten gibt, ein Gegenfestival durchzuführen. *Stobbe* erklärte, die Westberliner Jugendverwaltung rechnet damit, dass zu Pfingsten etwa 6 000 bis 7 000 westdeutsche Jugendliche besuchsweise in Westberlin sein werden. Es werden zurzeit Überlegungen angestellt, wie man diese Jugendlichen erfassen und ausnutzen kann:

- a) Man könnte mit ihnen in Westberlin Gegenveranstaltungen durchführen, um sie davon abzuhalten, nach dem Osten zu gehen. Es ist z. B. gedacht, sogenannte Aufklärungsveranstaltungen zu organisieren. Es gibt aber auch Vorstellungen, z. B. im Sportpalast ein großes Tanzvergnügen durchzuführen, zu der die 6 000 bis 7 000 westdeutschen Jugendlichen eingeladen werden.
- b) Man stehe außerdem vor der Frage, westdeutsche Jugendliche gezielt – mit bestimmten Aufträgen – nach dem Osten zu schicken. *Stobbe* erklärte abschließend, dass man in Westberlin die Frage der Teilnahme westdeutscher und Westberliner Jugendlicher am Deutschlandtreffen sehr ernst und aufmerksam beachten müsse. Die Aktivität der FDJ in Westberlin zeuge davon, dass Versuche angestellt werden, eine große Zahl Jugendlicher für die Teilnahme am Deutschlandtreffen zu gewinnen. Im Senat gebe es noch keine Klarheit und Einigkeit, was zu tun ist. *Stobbe* bat die SPD-Sekretäre, Vorschläge zu unterbreiten, die der eingangs erwähnten Senatskommission vorgelegt werden können.

Der Bildungssekretär im SPD-Landesvorstand, [Vorname Name 1], schlug vor, in Westberlin zu Pfingsten Gegenveranstaltungen durchzuführen, um zu verhindern, dass die in Westberlin anwesenden westdeutschen Jugendlichen nach dem Osten gehen. Man sollte nach seiner Auffassung wirkungsvolle internationale Sportveranstaltungen organisieren. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt, weil dazu die Voraussetzungen fehlen und die Zeit für die Organisation derartiger Veranstaltungen zu kurz ist. Landessekretär Hesse schlug vor, als Gegenmaßnahme eine Großveranstaltung in der Waldbühne zu organisieren.

Der Schöneberger Kreissekretär [Name 2] sprach sich für die Durchführung eines Gegenfestivals in drei bis vier Monaten in Westberlin aus, da die Zeit bis Pfingsten zu kurz sei.

Die Information kann aus Gründen der Sicherheit der Quelle nicht publizistisch ausgewertet werden.

1

Von der FDJ in Ostberlin organisiertes Treffen Jugendlicher aus beiden deutschen Staaten vom 16. bis 18.5.1964 mit ca. 500 000 Teilnehmern. Es war nach 1950 und 1954 das dritte, von der FDJ veranstaltete Treffen dieser Art. Vgl. Herms, Michael: Zu den Beziehungen zwischen der FDJ und westdeutschen Studentenorganisationen in den sechziger Jahren. In: Hofmann, Jürgen (Hg.): Konflikt, Konfrontation, Kooperation. Deutsch-deutsche Beziehungen in vierzig Jahren Zweistaatlichkeit. Schkeuditz 1998, S. 47–53; Gröschel, Roland: Die Beziehung zwischen dem Deutschen Bundesjugendring DBJR und der Freien Deutschen Jugend FDJ in den 60er Jahren. In: Historische Jugendforschung, N. F. 1(2006), 2004, S. 294–316.

2

Eberhard Hesse, Jg. 1911, SPD-Politiker, 1930 SPD, 1933 Neu Beginnen, 1947–74 Leiter des August-Bebel-Instituts der SPD in Westberlin, 1961–71 Landesgeschäftsführer der SPD Westberlin, 1956–75 Mitglied des Abgeordnetenhauses.

3

Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik konnten mit ihren Pässen in die DDR und nach Ostberlin reisen. Sie wurden durch die DDR nicht denselben Einschränkungen unterworfen wie ständige Einwohner Westberlins und waren daher auch nicht vom Fortgang der Verhandlungen über das Passierscheinabkommen abhängig. Daher ließen sich viele Westberlinerinnen und Westberliner einen westdeutschen Pass an einem wirklichen oder fiktiven Nebenwohnsitz ausstellen, um ihre spezifische Behandlung durch die DDR-Behörden zu unterlaufen.

4

Zwischen der Regierung der DDR und dem Senat von Westberlin wurde erstmals am 17.12.1963 eine Vereinbarung über die Ausgabe von Passierscheinen für Bürgerinnen und Bürger mit dem ständigen Wohnsitz in Westberlin für den Besuch des Ostsektors der Stadt für den Zeitraum vom 19.12.1963 bis zum 5.1.1964 getroffen. Das 2. Passierscheinabkommen wurde nach mehrmonatigen Verhandlungen am 24.9.1964 unterzeichnet und vereinbarte Besuche für zwei Wochenenden Ende Oktober/Anfang November sowie über Weihnachten und Neujahr 1964/65. Allerdings erlaubte das Passierscheinabkommen ihnen zwar den Besuch im Osten, den Ostberlinerinnen und Ostberlinern blieb der Weg nach Westen aber auch weiterhin versperrt. Vgl. Alisch, Steffen: Berlin ↔ Berlin. Die Verhandlungen zwischen Beauftragten des Berliner Senats und Vertretern der DDR-Regierung zu Reise- und humanitären Fragen 1961–1972. Berlin 2000 (Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat; 31/2000); Huhn, Eckart: Die Passierscheinvereinbarungen des Berliner Senats mit der Regierung der DDR 1963 bis 1966. Deutsch-Deutsche Verhandlungen zur Überwindung der politischen Sprachlosigkeit und der Milderung menschlicher Härten als Folge des Mauerbaus. Ludwigsfelde 2011; Kunze, Gerhard: Grenzerfahrungen. Kontakte und Verhandlungen zwischen dem Land Berlin und der DDR 1949–1989. Berlin 1999 (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin).

5

Aufgrund der vielfältigen Differenzen in den Verhandlungen über ein neues Passierscheinabkommen kam eine Regelung im Rahmen des alten Abkommens über die Oster- und Pfingstfeiertage nicht zustande.

6

Am 18.4.1964 äußerte sich Willy Brandt zu dieser Frage im Fernsehen und bedauerte, »dass eine Vereinbarung für Pfingsten aus zeitlichen Gründen nicht mehr zu erreichen sei«. Erich Wendt beschwerte sich in der darauf folgenden Verhandlungsrunde mit dem Senat am 29.4. und

behauptete, dass die DDR-Seite nach wie vor an einer Pfingstregelung interessiert sei. Vgl. Huhn, Eckart: Die Passierscheinvereinbarungen des Berliner Senats mit der Regierung der DDR 1963 bis 1966. Deutsch-Deutsche Verhandlungen zur Überwindung der politischen Sprachlosigkeit und der Milderung menschlicher Härten als Folge des Mauerbaus. Ludwigsfelde 2011, S. 149.

7

Kurt Neubauer, Jg. 1922, SPD-Politiker, 1952–63 als (Ost-)Berliner Vertreter im Deutschen Bundestag, blieb nach dem 13.8.1961 in Westberlin, 1963 stellv. SPD-Landesvorsitzender, 1963–67 Senator für Jugend und Sport.

8

Im Original durchgehend: »Dieter Stoppe«. Dietrich Stobbe, Jg. 1938, SPD-Politiker, 1962–63 SPD-Kreissekretär in Berlin-Charlottenburg, 1963–66 persönlicher Referent des Senators für Jugend und Sport Kurt Neubauer, 1967–81 Mitglied des Abgeordnetenhauses, 1977–81 Regierender Bürgermeister von Westberlin.

9

Heinrich Albertz, Jg. 1915, SPD-Politiker, Pfarrer, als Mitglied der Bekennenden Kirche bis 1945 mehrfach verhaftet, 1963–66 Bürgermeister (Stellv. des Regierenden Bürgermeisters) von Westberlin, 1966–67 Regierender Bürgermeister von Westberlin, trat nach dem Mord an Benno Ohnesorg 1967 von seinem Amt zurück.

10

Egon Erwin Müller, Jg. 1929, SPD-Politiker, 1963–65 Leiter der Arbeitsgruppe Werbung im Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, 1961–65 Leiter der Aktion »Studio am Stacheldraht«, 1959–63 Mitglied bzw. Fraktionsvorsitzender der SPD in der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Schöneberg.